

**Fragestunde  
gemäß § 48 der Geschäftsordnung  
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 07.02.2024**

<b>Nr. 181</b>	<b>Denis Seldenreich AfD</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Mit Beschluss vom 20.12.2023 wurde das „Lärmminderungskonzept Innenstadt“ beschlossen. Finanzmittel in Höhe von 300.000 Euro, für die Jahre 2024/2025, wurden lediglich für Markierung und Beschilderung vorgesehen. Begleitende Maßnahmen im Bereich des ÖPNV werden in der Vorlage nicht ausgewiesen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Rechnet der Magistrat beim ÖPNV mit begleitenden Maßnahmen, zum Beispiel Änderung der Umlaufzeiten, im Zuge der „Tempo 30/40“ Einführung?</li> <li>2. Falls ja zu Punkt 1, welche Maßnahmen werden erforderlich und wären diese mit Mehrkosten verbunden?</li> <li>3. Wie begründet der Magistrat, dass zur Finanzierung der Änderungen, im Bereich Markierung und Beschilderung, auf die Kostenstelle 15000181 „Gemeindestraße Wiesbaden“ zurückgegriffen wird?</li> </ol>
<b>Nr. 178</b>	<b>Achim Sprengard Volt</b>  Dez. II z.w.V.	<p>Telefonkosten können in der Verwaltung einen erheblichen Kostenfaktor darstellen. Die Stadt Aachen gab für die Finanzierung ihrer Festnetz- und Mobilfunkverträge hohe Summen aus, ohne Maßnahmen zur Senkung dieser Kosten zu prüfen. Eine Neuausschreibung der Rahmenverträge, mit der die veralteten und überteuerten Verträge beendet hätten werden können, wurde nicht veranlasst, obwohl damit große Summen gespart hätten werden können.<sup>1</sup></p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. wie hoch die Telefonkosten der LHW sind?</li> <li>2. wird regelmäßig geprüft, ob sich für die LHW günstigere Vertragsangebote ergeben?</li> <li>3. was für eine Vertragsart die LHW für ihre Telefonverträge verwendet (Pauschaltarif oder Abrechnung über eine Grundgebühr)?</li> </ol>

<p><b>Nr. 179</b></p>	<p><b>Lea Eckert</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Das Mahnmal am Michelsberg, das an die Ermordung der Wiesbadener Juden in der NS-Diktatur erinnert, ist am 8. Dezember mit zwei Hakenkreuzen in roter Farbe beschmiert worden. Die Stadt veranlasste umgehend die Entfernung, die Staatsanwaltschaft ermittelt im Fall des verfassungsfeindlichen Zeichens.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist eine Strafanzeige gestellt worden?</li> <li>2. Wie lautet der aktuelle Ermittlungsstand in diesem Fall?</li> <li>3. Auf welche Höhe beläuft sich die durch die Beschmierung entstandene Schadenssumme?</li> <li>4. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um das Mahnmal vor diesen Schmierereien zu schützen?</li> </ol>
<p><b>Nr. 141</b></p>	<p><b>Alexander Winkelmann</b> <b>FDP</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In der vergangenen Zeit war im Stadtbild häufiger zu sehen, dass Werbeanhänger zur Bewerbung von Waren und Dienstleistungen auf öffentlichen Parkflächen für den MIV in Wiesbaden abgestellt werden und diese dann nach einiger Zeit wieder umgeparkt werden. Teilweise werden dazu Stellen genutzt, wo erheblicher Parkdruck besteht. Fraglich ist in diesem Zusammenhang, ob dieses Abstellen als Sondernutzung qualifiziert wird und damit entsprechend gesteuert werden kann.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nach welcher Zeit (Länge des Parkzeitraums) wird ein solches Aufstellen von Werbeanhängern auf öffentlichen Parkplätzen als Sondernutzung im Sinne der entsprechenden Satzung gewertet?</li> <li>2. Finden diesbezüglich Kontrollen durch das Straßenverkehrsamt statt?</li> <li>3. Wie viele entsprechende Anträge auf derartige Sondernutzungen gab es im Jahr 2022?</li> <li>4. Wenn entsprechende Genehmigungen erteilt wurden, warum wird eine solche Sondernutzung im Bereich von erheblichem Parkdruck genehmigt?</li> </ol>
<p><b>Nr. 184</b></p>	<p><b>Christian Bachmann</b> <b>FWG/Pro Auto</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Ehrenamtlich organisierte Großveranstaltungen wie die Gibber Kerb oder auch das Schiersteiner Hafenfest stehen vor finanziellen Herausforderungen, die einen Weiterbetrieb der langjährigen und für die Stadtbevölkerung wichtigen Feste gefährdet:</p> <p>Wir fragen daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie sorgt der Magistrat konkret für eine Entlastung der Vereine um das gelebte Ehrenamt und Brauchtum zu erhalten und die Vereine nicht in die Insolvenzen zu treiben?</li> <li>2. Was war Inhalt und Ergebnis von den Gesprächen mit den betroffenen Vereinen</li> </ol>

		<p>(Verschönerungsverein Schierstein, Feuerwehr und Veranstaltungsbüro)?</p> <p>3. Wie kann für alle Vereine eine rechtssichere, aber auch finanziell leistbare Situation geschaffen werden, die öffentlichen Gebühren zu stemmen?</p> <p>4. Wie ist das Vorgehen bei stadt eigenen Veranstaltungen wie z.B. dem "Superblocksonntag" in Bezug auf sicherheits- und verkehrsrelevante Kosten?</p>
Nr. 122	<p><b>Marc Dahlen</b> CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Laut der städtischen Homepage gibt es aktuell 31 digitale Verkehrstafeln in der Stadt. Auf diesen Tafeln werden aktuelle Verkehrsmeldungen angezeigt. Wenn keine Meldungen vorliegen, werden anlassbezogene Themen geschaltet. Am 25.01.2023 wurden neben einer veralteten Meldung bzgl. der Sperrung der Schwalbacher Straße vor allem Verhaltensweisen im Straßenverkehr, Werbung für neue Carsharing-Angebote sowie freie Stellen bei der LHW angezeigt. Gleichzeitig werden per Pressemitteilung auf der Homepage der LHW aber aktuelle Straßensperrungen mitgeteilt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <p>1. warum werden die per Pressemitteilungen gemeldeten Verkehrshinweise nicht auf den digitalen Verkehrstafeln angezeigt?</p> <p>2. warum wurde am 25.01.2023 auf die Sperrung der Schwalbacher Straße vom 14.01.2023 - 15.01.2023 hingewiesen?</p> <p>3. ob es möglich ist, dass auf der einzelnen Tafel mehrere Meldungen hintereinander angezeigt werden können, so dass man über alle Meldungen informiert wird?</p>
Nr. 144	<p><b>Marc Dahlen</b> CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Pfortnerrampe an der Berliner Straße stadteinwärts staut nicht nur unter der Woche den Pkw-Verkehr auf und sorgt damit zu einer erheblichen Belastung für Anwohner und Berufstätige, sondern ist auch an Samstagen in Betrieb. Dabei kommt es regelmäßig zu kuriosen Situationen, bei denen gerade einmal zwei bis drei Fahrzeuge an der Ampel vollkommen unnötig aufgehalten werden.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <p>1. mit welchem Sinn und Zweck die Pfortnerrampe an der Berliner Straße an Samstagen in Betrieb ist?</p> <p>2. weshalb das System Digi-V nicht in der Lage ist, eine adäquate Steuerung des Verkehrsflusses an dieser Stelle an Samstagen vorzunehmen?</p>
Nr. 135	<p><b>Louise-Lydia Wagenbach</b> CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Am 2.4. ist im Kurpark, kurz hinterm Spielplatz Danziger Str., ein Baum unkontrolliert auf den Gehweg gefallen. „Unsere Kinder waren 10m davor, ein Jogger 2m dahinter“ schreibt eine Userin in den sozialen</p>

		<p>Netzwerken. Ein Anwohner habe die Stadt im Vorfeld mehrfach auf die Gefahrenlage hingewiesen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ob &amp; wann der zuständigen Stelle Informationen vorlagen, dass es in dem besagten Bereich zu einer Gefahrenlage kommen könnte?</li> <li>2. wie oft der gefährdete Baum gemeldet &amp; welche Maßnahmen nach Erhalt der Meldung ergriffen wurden bzw. wie solche Meldungen grundsätzlich behandelt werden?</li> <li>3. ob der Anwohner eine Antwort auf seine Meldungen erhalten hat? Wenn ja, wann &amp; mit welchem Inhalt? Wenn nicht, wieso nicht?</li> <li>4. ob künftig anders mit derartigen Meldungen verfahren wird, um derartige Gefahrensituationen zu verhindern?</li> <li>5. wie die Landeshauptstadt damit umgegangen wäre, wenn jemand durch den Baum verletzt worden wäre?</li> </ol>
Nr. 163	<p><b>Marc Dahlen</b> CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Auf behördlichen Schreiben der Landeshauptstadt Wiesbaden wird immer häufiger die zuständige Sachbearbeiterin oder der zuständige Sachbearbeiter als „Ansprechperson“ genannt. Dazu findet sich dann nur der Nachname ohne Vorname, so dass nicht erkennbar ist, ob es sich um eine Frau oder einen Mann handelt. Die Führung der Korrespondenz mit der gebotenen Höflichkeit einer persönlichen Anrede mit Frau oder Herr ist somit nicht mehr möglich.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Warum die behördlichen Ansprechpartner als „Ansprechperson“ bezeichnet werden und nicht mit der Anrede Frau oder Herr gemäß den beiden vorhandenen Geschlechtern?</li> <li>2. Durch wen, wann und wie die neue Bezeichnung „Ansprechperson“ veranlasst wurde?</li> <li>3. Ob der Magistrat die Abkehr von der Bezeichnung „Ansprechperson“ plant, um eine adäquate Korrespondenz mit der Verwaltung wieder zu gewährleisten?</li> </ol>
Nr. 182	<p><b>Dr. Klaus Lork</b> AfD</p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Nachfragen zur Perspektive einer zukünftigen Zusammenarbeit mit GF von Berg konnten in der Ausschusssitzung am 25.01. durch Herrn Schmehl nicht erschöpfend beantwortet werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <p>Wie positioniert sich der Magistrat hinsichtlich einer weiteren Zusammenarbeit mit Herrn von Berg, insbesondere nach der kürzlich erfolgten Absage von acht Stücken durch seine Person, und warum?</p>

<p><b>Nr. 149</b></p>	<p><b>Mechthilde Coigné Die Linke</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Derzeit plant die LHW ein neues Bürgerhaus für die Stadtteile Mainz-Kastel und -Kostheim. Hierfür werden laut Oberbürgermeister Mende 94 PKW-Parkplätze zwingend benötigt. Die Stellplatzsatzung der Stadt Wiesbaden vom 19.3.2008, Anlage, lfd. Nr 4.2 (Versammlungsstätten, z.B. Bürgerhäuser) legt für PKW und Fahrräder ein Verhältnis von 2:1 fest. Die im Januar vorgelegten Planungen sehen jedoch lediglich 40 Fahrradstellplätze vor Ich frage den Magistrat:</p> <p>Dies vorausgeschickt frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Weshalb wird eine öffentliche Liegenschaft geplant, bei der die Stellplatzsatzung im Bereich PKW eingehalten, für Fahrräder jedoch unterschritten wird?</li> <li>2. Weshalb wurden im letzten halben Jahr keine erkennbaren Korrekturen vorgenommen um die Stellplatzsatzung auch für Fahrräder einzuhalten, obwohl dies durch Beschlüsse der OBR Mainz-Kastel und -Kostheim gefordert wurde (Nr. 2 vom 18.01.2023)?</li> <li>3. Welche Prüfungen müssen seitens der LHW noch erfolgen? (vgl. Schreiben von OB Mende, 8.5.2023)"</li> </ol>
<p><b>Nr. 150</b></p>	<p><b>Janine Vinha Volt</b></p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben zu fördern, sind alle Arbeitgeber*innen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen laut Sozialgesetzbuch dazu verpflichtet, mind. 5 % davon mit schwerbehinderten oder ihnen gleichgestellten Arbeitnehmer*innen zu besetzen. Dies gilt für private und öffentliche Arbeitgeber*innen. Bei Nichterfüllen der Quote müssen die Unternehmen eine Ausgleichsabgabe zahlen.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Menschen mit Schwerbehinderung sind in Wiesbaden beschäftigt?</li> <li>2. Wie viele private/öffentliche Arbeitgeber*innen mit welcher Mitarbeiter*innenzahl zahlen eine Ausgleichsabgabe? Wie viele Arbeitsplätze sind davon jeweils betroffen?</li> <li>3. Wie hoch sind die Ausgleichszahlungen pro Jahr? Fließt dieses Geld in regionale Projekte und Maßnahmen?</li> <li>4. Wie werden Menschen mit Behinderung in Wiesbaden gefördert, um aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen? Welche Unterstützung gibt es für die Arbeitgeber*innen?</li> </ol>

<p><b>Nr. 134</b></p>	<p><b>Hartmut Bohrer</b> <b>Die Linke</b></p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Personen sind in den 13 Ortsgerichtsbezirken aktuell tätig?</li> <li>2. Wie sieht die Zusammensetzung hinsichtlich Geschlechter, Lebensalter (differenziert nach Dekaden), Dienstalter (nach Amtszeiten) und ggfs. weiterer Merkmale aus?</li> <li>3. Was wird seitens des Magistrats unternommen, um "Nachwuchs" zu gewinnen?</li> <li>4. Welche Fortbildungen wurden für diese Aufgabe seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Jahren 2016-2022 angeboten?</li> <li>5. Welche Kosten waren dafür von den ehrenamtlich Tätigen zu zahlen?</li> <li>6. Wie viele Personen haben daran jeweils teilgenommen?</li> <li>7. Wer prüft, ob die erforderliche Qualifikation, insbesondere zur Schätzung des Wertes von Immobilien, vorhanden ist?</li> <li>8. Welche Aufwandsentschädigung enthalten die in den Ortsgerichten Tätigen?</li> <li>9. Wann wurde diese zum letzten Mal erhöht?</li> <li>10. Wann ist wieder eine Erhöhung und in welchem Umfang geplant?</li> </ol>
<p><b>Nr. 110</b></p>	<p><b>Aman Yoseph</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Am Dienstag, den 17.01.23 waren sowohl die Stadtverwaltung als auch die Feuerwehr über mehrere Stunden von einem umfassenden Ausfall der IT- Infrastruktur betroffen. Es bestand über mehrere Stunden keine Möglichkeit zur Nutzung von E-Mails und der Zugriff auf Netzwerklaufwerke sowie das Internet waren ebenfalls nicht möglich. Auch die Telefonverbindungen waren betroffen. Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. worin lag die Ursache für die beschriebenen Ausfälle der IT Infrastruktur?</li> <li>2. wie zukünftig verhindert werden kann, dass es zu so einem umfangreichen Ausfall kommt, etwa durch Redundanz von zentralen technischen Komponenten.</li> </ol>
<p><b>Nr. 152</b></p>	<p><b>Silas Gottwald</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Stadt Frankfurt räumte im Mai 2023 ein, dass durch steigende Fallzahlen und personeller Überlastung nicht alle angezeigten Parkverstöße geahndet werden konnten. Nur jede sechste bis achte, privat übermittelte Anzeige mündete in ein Verwarngeld. Allein über das Portal "weg.li" wurden in Wiesbaden im Jahr 2022 knapp 3.100 private Anzeigen wegen Parkverstößen gestellt; in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres bereits 2.300 - Tendenz steigend. Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Privatanzeigen sind im Jahr 2022 sowie im ersten Halbjahr 2023 eingegangen? (Nach Quartal)</li> <li>2. Wie viele davon wurden nicht innerhalb der Verjährungsfrist bearbeitet? (Nach Quartal)</li> <li>3. Falls ein nennenswerter Rückstau existiert: Nach welchen Kriterien werden die Anzeigen bei der Bearbeitung priorisiert?</li> </ol>

<p><b>Nr. 155</b></p>	<p><b>Nadine Ruf SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Dezember 2021 hat die Rathaus-Kooperation per Beschluss im Mobilitätsausschuss den Grundstein gelegt, in der ersten Jahreshälfte 2023 liefen die ersten Tests - und seit Juli 2023 sind die Frontkameras in Bussen zur Dokumentation von Falschparkern auf Busspuren im regulären Einsatz.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Busse sind derzeit mit Frontkameras im Einsatz?</li> <li>2. Wie viele Park- und Halteverstöße auf Busspuren wurden bislang dokumentiert?</li> <li>3. Welche Rückmeldungen gibt es seitens des Fahrpersonals der ESWE über die Handhabung der Frontkameras, die Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung oder etwaiger, spürbarer Effekte freierer Busspuren?</li> <li>4. Welche Abschnitte sind besonders anfällig für Halte-/Parkverstöße?</li> </ol>
<p><b>Nr. 175</b></p>	<p><b>Ronny Maritzen Grüne</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>In der nicht öffentlichen Veranstaltung des Stadtplanungsamtes und der SEG am 17.10.23 zum Ostfeld wurden zwei Gutachten präsentiert. Zum Gutachten „Schallimmissionsmessungen“ führt der Gutachter aus:</p> <p>„Die Messung ersetzt nicht die Berechnung über den Verlauf eines möglichen Lärmschutzbereichs.“ Und weiter: „Für die Berechnung ist das Land Hessen zuständig. Für die Prüfung benötigt das HMWEVW u.a. Angaben zur Art und Anzahl der eingesetzten Luftfahrzeuge. Diese wurden von Seiten der US-Amerikaner und der DFS unter Angabe von Sicherheitsbedenken für die Auswertung der Messungen nicht zur Verfügung gestellt.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welchen konkreten Auftrag hat das HMWEVW seitens des Magistrats erhalten?</li> <li>2. Wie lautet die Antwort des HMWEVW auf diesen Auftrag?</li> <li>3. Wie hat der Magistrat das HMWEVW bei der Beschaffung der für ein Gutachten gemäß AzB (Anleitung zur Berechnung von Lärmschutzbereichen) erforderlichen Informationen unterstützt?</li> </ol>
<p><b>Nr. 157</b></p>	<p><b>Nikolas Jacobs CDU</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>In dem für den Abriss vorgesehenen Gebäude der Friedrich-Ebert-Schule befindet sich ein eigens für diese vom berühmten Maler Benno Walldorf geschaffenes Wandgemälde. Dieses gilt als eines seiner bekanntesten Wandgemälde. Das Kunstwerk darf unter keinen Umständen im Zuge des Abrisses „untergehen“.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p>

		<ol style="list-style-type: none"> <li>1. ob es bereits Pläne für den Umgang mit dem Kunstwerk im Zuge des Abrisses des Gebäudes gibt?</li> <li>2. ob zur Zukunft des Gebäudes bereits Gespräche mit der Nachlassverwalterin des Künstlers geführt wurden?</li> <li>3. ob und wie das Kunstwerk im Neubau integriert werden kann?</li> </ol>
<b>Nr. 158</b>	<b>Sabine Ludwig-Braun</b> <b>SPD</b>  Dez. II z.w.V.	Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits in ihrer Sitzung am 13.07.2023 beschlossen, die Wärme- und Energiewende und die Kommunale Wärmeplanung (KWP) voranzutreiben. Im Rahmen dessen wurde auch festgelegt, dass ein Rahmenkonzept auszuarbeiten ist und dass eine optimale Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene sicherzustellen ist.  Ich frage den Magistrat: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurden von der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits Fördermittel direkt oder mittelbar beantragt?</li> <li>2. Wenn ja, auf welcher Ebene bzw. welche Art von Fördermittel wurden beantragt und wie hoch ist die Fördersumme / sind die Fördersummen?</li> <li>3. Kann bereits die Höhe der Gesamtkosten für die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung genannt werden? Falls ja, wie hoch sind die Gesamtkosten?</li> </ol>
<b>Nr. 140</b>	<b>Thomas Schwarze</b> <b>SPD</b>  Dez. V z.w.V.	Die erneute Umfrage des Stadtteilernbeirates im März 2023 ergab ein ernüchterndes Stimmungsbild; zwei Drittel werteten die Busse zur Schule als unzuverlässig. Als Folge wechselten viele Schüler*Innen vom Bus ins Auto. Parallel hat die ESWE Verkehr seit September 2022 den Fahrplan mehrfach verstärkt und setzt, häufig auch spontan, Verstärkerfahrten ein. Ich frage den Magistrat: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie wurde seitens des Dezernates auf die Umfrage reagiert und wurde das Gespräch mit dem Stadtteilernbeirat gesucht?</li> <li>2. An welchen Stellen wurde der Busfahrplan seit September 2022 verdichtet?</li> <li>3. Wie viele kurzfristige Verstärkerfahrten setzt die ESWE Verkehr im Schnitt mit welchen Schwerpunkten ein?</li> <li>4. Wieso werden die kurzfristigen Fahrten nicht in den Apps und auf den digitalen Anzeigen angezeigt - und wie lässt sich das beheben?</li> </ol>
<b>Nr. 124</b>	<b>Joachim Tobschall</b> <b>SPD</b>  Dez. V z.w.V.	Mit den vier kommerziellen Car-Sharing-Anbietern Flinkster, book'n'drive, scout24 und Stadtmobil verfügt Wiesbaden über ein erfreuliches, wachsendes und mehr und mehr flächendeckendes Angebot an CarSharing-Fahrzeugen.



		<p>Die Vielzahl an Anbietern bringt allerdings nicht nur Vorteile. Zum Buchen der Fahrzeuge sind mehrere Apps und damit mehrere Kundenkonten notwendig, teilweise auch mit mehrfachen Monatsgebühren. Dabei ist es aus Kundensicht oftmals egal, welchem Anbieter das jeweilige Auto gehört.</p> <p>Wir fragen den Magistrat:</p> <p>Welche Optionen und Regelungsmöglichkeiten bestehen aus kommunaler Sicht, um auf einheitliche, anbieterübergreifende Kundenkonten, Tarifpakete und Buchungsmöglichkeiten hinzuwirken?</p>
<b>Nr. 161</b>	<p><b>Renate Kienast-Dittrich</b> <b>BLW/ULW/BIG</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Der Neroberg ist ein beliebtes Ausflugsziel für Einheimische und Touristen. Wegen der schlechten Busanbindung besuchen ihn viele Besucher mit dem Auto und parken auf den ausgewiesenen Parkplätzen. Mehrere Besucher berichten in dieser Saison, dass ihnen auf dem Parkplatz die Reifen ihrer Autos zerstochen wurden. Vor allem teure Autos und SUV scheinen betroffen gewesen zu sein.</p> <p>Ich bitte den Magistrat folgende Fragen zu beantworten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Liegen der Polizei Anzeigen wegen solcher Vorfälle vor? Wenn ja wie viele Autos waren auf dem Neroberg in diesem Jahr davon betroffen?</li> <li>2. Wie reagieren die Betreiber des Opelbades, des Kletterwaldes und der gastronomischen Betriebe auf die Sicherheitsprobleme?</li> <li>3. Gibt es ein Konzept, um den Parkplatz auf dem Neroberg sicherer zu machen, eventuell auch in Zusammenarbeit mit den Betreibern des Opelbades, des Kletterwaldes und den gastronomischen Betrieben auf dem Neroberg? Wenn ja, wie sieht dieses aus? Wenn nein, warum nicht?</li> </ol>
<b>Nr. 142</b>	<p><b>Christian Bachmann</b> <b>FWG/Pro Auto</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Bereits im Januar 2023 hatte unsere Fraktion einen Antrag für ein Pilotprojekt für den Einsatz einer „Pfefferspraypistole“ eingebracht. Dies wurde im zuständigen Ausschuss am 24.01.2023 leider mit großer Mehrheit abgelehnt.</p> <p>Zwischenzeitlich haben sich bundesweit Übergriffe gegen Polizisten und Stadtpolizisten erhöht. Darüber hinaus gibt es im Umgang mit Distanzwaffen positive Erfahrungen (z. B. in Mainz).</p> <p>Der Magistrat als Arbeitgeber hat unserer Ansicht nach auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Gründe sprechen zwischenzeitlich dafür die Mitarbeiter der Stadtpolizei im Rahmen eines Pilotprojekts mit Bodycams und/oder Pfefferspraypistolen auszustatten?</li> </ol>

		2. Sind zu Punkt 1 schon entsprechende Bedarfe von Seiten der Mitarbeiterschaft und/oder des Personalrates geäußert worden?
Nr. 146	<p><b>Louise-Lydia Wagenbach CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>In den einzelnen Bauphasen in der Bahnhofstr. kam es immer wieder zu Verlegungen der Baustellen. Besonders unübersichtlich war die Einrichtung der Baustelle im Kreuzungsbereich Bahnhofstr./Friedrichstr. Der aus der Friedrichstr. kommende Verkehr in Richtung Wilhelmstr. wurde an der Ampel im Kreuzungsbereich um die Baustelle herum in den Gegenverkehr geleitet. Aufgrund des im Kreuzungsbereich abgestellten Baggers und des nicht einsehbaren Rückstaus kam es während des Wochenmarktes zu gefährlichen Situationen, in denen sich die Verkehrsströme auf einer Spur begegneten.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. aus welchem Grund eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung im Kreuzungsbereich Friedrichstr./Bahnhofstr. gewählt wurde?</li> <li>2. ob es keine Möglichkeit für eine sichere Verkehrslenkung gab?</li> <li>3. wie zukünftig eine solche gefährliche Baustelleneinrichtung vermieden werden kann? Insbesondere, dass Bagger im Kreuzungsbereich abgestellt werden?</li> </ol>
Nr. 125	<p><b>Louise Lydia Wagenbach CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Für den Fastnachtzug wurde die Baustelle auf der Wilhelmstr., auf der bis dahin nicht gearbeitet wurde, abgebaut und direkt wieder aufgebaut. Zusätzlich wurde in der Bahnhofstr. erneut eine Baustelle eingerichtet. Auf der Rheinstr. fällt deshalb sogar ein Fahrstreifen weg. Busse, die den Bahnhof anfahren, werden nun über die Wilhelmstr. gelenkt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. was die Einrichtung sowie das Auf- und Abbauen der Baustelle jeweils gekostet hat?</li> <li>2. ob das Aufbauen an einem Montag nicht günstiger gewesen wäre?</li> <li>3. ob die o.g. Maßnahmen (Wilhelm-, Bahnhof- u. Rheinstr.) miteinander abgestimmt wurden?</li> <li>4. was sich hinsichtlich der Verkehrsströme gedacht wurde?</li> <li>5. ob es keine bessere Planungsmöglichkeit gab, um stockenden Verkehr zu vermeiden und eingerichtete Baustellen effektiv nutzen zu können?</li> <li>6. ob es ein Controlling hinsichtlich der Dauer, Arbeitszeit &amp; -aktivität sowie Kosten von Baustellen gibt &amp; die Bereitschaft besteht, diese Daten für Interessierte offen zu legen?</li> </ol>

<p><b>Nr. 145</b></p>	<p><b>Dennis Friedrich</b>  <b>CDU</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit Monaten ist an der Talstation der Nerobergbahn eine großflächige Baustellendeponie für Erdaushub eingerichtet. Laut Auskunft des beauftragten Bauunternehmens soll diese Deponie für verschiedene Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet noch bis weit in das Jahr 2024 beibehalten werden. Der Ort ist jedoch äußerst ungünstig gewählt, da eine Überquerung der Straße in Richtung WTHC / Rabengrund oder der Fußgängerweg zum Neroberg dadurch massiv eingeschränkt ist. Hinzu kommt regelmäßiger Baustellenverkehr mit schweren Fahrzeugen.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für welche Dauer die Baustellendeponie unter dem Viadukt an der Talstation der Nerobergbahn im Nerotal eingerichtet wurde?</li> <li>2. für welche Baustelle(n) im Stadtgebiet die Deponie eingerichtet wurde?</li> <li>3. welche alternativen Standorte geprüft wurden?</li> <li>4. weshalb durch die Baustellendeponie und den damit verbundenen Schwerlastverkehr mit Lkw und Radladern eine unnötige Gefährdungssituation für Fußgänger geschaffen wurde?</li> </ol>
<p><b>Nr. 166</b></p>	<p><b>Daniel Weber</b>  <b>Volt</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>In einigen Kommunen in Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Freibäder aufgrund der sommerlichen Temperaturen im September spontan die Öffnungszeiten ihrer Freibäder angepasst und die Badesaison so für ihre Bürger*innen verlängert. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Bademeister*innen und fehlenden Kassenpersonals sind spontane Verlängerungen der Öffnungszeiten jedoch nicht immer kurzfristig durchführbar</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist in der Zukunft bei guter Wetterlage im Spätsommer eine spontane Verlängerung der Öffnungszeiten in Freibädern möglich?</li> <li>2. Welche Hürden und Hindernisse stehen einer spontanen Öffnung im Spätsommer im Weg?</li> <li>3. Gab es in der diesjährigen Badesaison Probleme aufgrund des Fachkräftemangels?</li> <li>4. Welche zusätzlichen Kosten würden bspw. durch eine zweiwöchige Verlängerung der Öffnungszeiten entstehen und welche zusätzlichen Einnahmen würden generiert?</li> </ol>
<p><b>Nr. 167</b></p>	<p><b>Janine Vinha</b>  <b>Volt</b></p> <p>Dez. III z.w.V.</p>	<p>Für eine gesunde Ernährung und auch in Zeiten starker Hitze ist es gerade für Kinder und Jugendliche wichtig, Flüssigkeit - vor allem in Form von Wasser - zu konsumieren. Mittlerweile sind in Schulen die Waschbecken der oft als unhygienisch empfundenen Toiletten jedoch der einzige Zugang zu Wasser für Schüler*innen. In vielen anderen Ländern sind Trinkwasserspender im Schulgebäude daher bereits die</p>

		<p>Regel, während sie in Deutschland bisher kaum verbreitet sind.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. welche Wiesbadener Schulen bereits jetzt mit Wasserspendern ausgestattet sind? Handelt es sich dabei um freistehende oder leitungsgebundene Trinkwasserspender?</li> <li>2. sind die Wasserspender während des Schulbetriebs uneingeschränkt und kostenfrei zugänglich?</li> <li>3. welche Vorgaben beim Bau von Wasserspendern eingehalten werden müssen?</li> <li>4. ob die vermehrte Installation von Wasserspendern an Wiesbadener Schulen geplant ist?</li> <li>5. ob Lösungen bekannt sind, bei denen Wasserspender einen festen Leitungswasser Zugang haben?</li> </ol>
<b>Nr. 168</b>	<p><b>Achim Sprengard</b> <b>Volt</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>2035 wird es laut dem Bundesarbeitsminister keine KI-freien Arbeitsplätze mehr geben. Künstliche Intelligenz automatisiert sich wiederholende Aufgaben und spart Zeit, Ressourcen und verringert - bei korrekter Nutzung - Fehlerquoten der Arbeitsergebnisse. Mitarbeitende müssen jedoch erst den Umgang mit KI lernen. Es gilt somit, diese Fähigkeiten (weiter-) zu entwickeln, um sich für die Zukunft fit zu machen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wird KI bereits von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung verwendet?</li> <li>2. Wie plant der Magistrat den zukünftigen Einsatz von KI in der Verwaltung?</li> <li>3. Welche Möglichkeiten haben Mitarbeitende bereits jetzt, um den Umgang mit KI zu erlernen?</li> <li>4. Gibt es Pläne, ein Schulungsangebot für den Einsatz von KI einzurichten?</li> </ol>
<b>Nr. 169</b>	<p><b>Christian Diers</b> <b>FDP</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Im Wiesbadener Kurier vom 7. September verkündete Bürgermeisterin Hininger, dass „zwei der acht von der Stadt bestimmten Aufsichtsratsmitglieder Beschäftigte von ESWE Verkehr sind, sei ein Zugeständnis und für sie nicht in Stein gemeißelt.“</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Plant der Magistrat im Rahmen der Novellierung des Beteiligungskodex zukünftig keine Beschäftigten von ESWE Verkehr mehr auf „städtischem Ticket“ in den ESWE Verkehrsaufsichtsrat zu entsenden oder die derzeitigen Mitglieder abzurufen?</li> <li>2) Hält der Magistrat diese implizierte Drohung der Bürgermeisterin für einen angemessenen Umgang mit Mitarbeitern bzw. Aufsichtsratsmitgliedern einer städtischen Gesellschaft?</li> </ol>

		3) Hat sich Frau Hinninger als Mitglied des Magistrats, als Privatperson oder als Vertreterin des Oberbürgermeisters während seiner Abwesenheit gegenüber dem Wiesbadener Kurier geäußert?
<b>Nr. 126</b>	<b>Alexander Winkelmann</b> <b>FDP</b>  Dez. V z.w.V.	<p>Der Geschäftsführer von ESWE Verkehr, Jan Görnemann, hat Anfang Februar die SPD Wiesbaden besucht, was von mehreren Teilnehmern auf Social Media und auf verschiedenen Websites dokumentiert wurde. Am 12. Februar 2023 um 14:17 Uhr erschien ein Bericht auf der Website des SPD-Ortsvereins Rheingauviertel-Hollerborn unter der Überschrift „Schwierige Zeiten und Entscheidungen bei ESWE Verkehr“. Dort hieß es u.a.: „Es wird eine weitere Veranstaltung zum Thema Straßenbahn in absehbarer Zeit geben. Denn Denkverbote, darin waren sich die Diskussionsteilnehmer einig, lösen die Probleme des ÖPNV in Wiesbaden nicht.“</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Welche Pläne haben der Magistrat, der Verkehrsdezernent und Herr Geschäftsführer Görnemann für die Einführung einer Straßenbahn in Wiesbaden und wann werden diese offensichtlich bestehenden Pläne einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert?</p>
<b>Nr. 171</b>	<b>Hartmut Bohrer</b> <b>Die Linke</b>  Dez. V z.w.V.	<p>In den letzten Jahren hat sich das Gelände am Industriedenkmal Alter Kran am Kasteler Rheinufer zunehmend zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt. Es wird dort geskated, getanzt, an Fitness-Geräten turnt, in der Sonne gesessen usw.</p> <p>Für Radfahrende und Mobilitätseingeschränkte würde ein Aufzug vom Busterminal Brückenkopf Kastel zum "Kransand"-Gelände die Zugänglichkeit zu diesem Bereich erleichtern. Der errichtete Aufzug wird aber seit Monaten nicht in Betrieb genommen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wann geht der Aufzug endlich in Betrieb?</li> <li>2. Kann der Aufzug dann ganzjährig und ganztägig vom Publikum genutzt werden?</li> <li>3. Wann wird das Umfeld des Aufzugs (auch Wiese) von Müll (z.B. Überreste von Sylvester-Böllern) gereinigt?</li> <li>4. Wer ist für Betrieb, Reparatur und Reinigung des Aufzugs und seines Umfelds zuständig?</li> </ol>
<b>Nr. 108</b>	<b>Monika Giesa</b> <b>AfD</b>  Dez. V z.w.V.	Eigenen Recherchen zufolge muss jeder der rund 80 Stadtpolizisten im Außendienst mehrere Trainingsmodule im Jahr absolvieren, in denen u. a. das Anlegen von Handfesseln, Pfeffersprayeinsatz, Eigensicherung im Nahbereich geübt werden. Die Trainingseinheiten finden fast alle in einem Trainingsraum statt, der nur mit Hallenturnschuhen

		<p>betreten werden darf. Obwohl das Einsatztraining eine Pflichtaufgabe ist, müssen die Stadtpolizisten für die Beschaffung der Hallenturnschuhe bisher privat aufkommen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Trifft die geschilderte Sachlage grundsätzlich zu?</li> <li>2. Weshalb findet keine Kostenübernahme durch den Dienstherrn statt?</li> <li>3. Wie hoch wären die Gesamtkosten einer Kostenübernahme?</li> <li>4. Gibt es noch andere für die Dienstausbereitung sinnvolle oder gar erforderliche Ausrüstungsteile, die die Stadtpolizisten regelmäßig auf eigene Kosten erwerben?</li> </ol>
<b>Nr. 153</b>	<p><b>Sabine Ludwig-Braun</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die ELW-Mitarbeiter:innen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit, was auch von den Wiesbadener:innen wertgeschätzt wird.</p> <p>Jedoch häufen sich zuletzt aufgebrochene und daher offenstehende Mülleimer in der Innenstadt. Ein Grund könnte sein, dass die Mülleimer mit einem speziellen Schloss versehen sind und Menschen, die auf der Suche nach Pfandgut sind, keinen kompatiblen Mechanismus zum Öffnen/Wiederverschließen besitzen. Diese Mülleimer trüben das Stadtbild und hinterlassen bei vielen ein gewisses Gefühl der Verwahrlosung.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurden in den vergangenen Jahren Aufbrüche von öffentlichen Mülleimern registriert? Falls ja: <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Bitte kurz auflisten, wie oft dies registriert wurde.</li> <li>b) Wie hoch sind die Reparaturkosten pro Beschädigung?</li> </ol> </li> <li>2. Gibt es die Möglichkeit zur kostengünstigen Nachrüstung der beschädigten Mülleimer mit einem anderen, möglichst niedrighwelligen Zugang, bspw. selbstschließende Scharniere und/oder Magnetverschluss und wird dies für sinnvoll erachtet?</li> </ol>
<b>Nr. 174</b>	<p><b>Lukas Schnabel</b> <b>SPD</b></p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Zur Unterstützung der strategischen Weiterentwicklung von Innenstädten wird seit Januar 2023 das digitale Tool LeAn als Open-Source-Lösung vom Bund zur Verfügung gestellt. Es bietet aus Sicht des Deutschen Städtetages die Möglichkeit eines vorausschauenden Leerstands- und Ansiedlungsmanagements.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Inwieweit wird das Tool LeAn als nützlich eingeschätzt, um in der LHW ein Leerstandskataster aufzubauen und ein proaktiveres Ansiedlungsmanagement für die Innenstadt zu schaffen?</li> </ol>

		2. Gibt es bereits Überlegungen, das Open-Source-Tool auch in Wiesbaden einzuführen und zu nutzen?
<b>Nr. 156</b>	<b>Ronny Maritzen Grüne</b>  Dez. I z.w.V.	<p>Im Baulandbeschluss 0196 der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Mai 2023 wird unter II.B.3. festgehalten: „Das langfristige Ziel ist ein Nettonull-Flächenverbrauch nach den Vorgaben von Bund und Land.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie wird „langfristig“ definiert?</li> <li>2. Hat Wiesbaden nach Ansicht des Magistrats unter klimatischen Gesichtspunkten noch lange Zeit, um auf den Flächenverbrauch Nettonull zu kommen?</li> <li>3. Könnte Wiesbaden auch ohne Vorgaben von Bund und Land den Flächenverbrauch Nettonull umsetzen?</li> <li>4. Worauf sollte Wiesbaden noch warten, bevor es den Flächenverbrauch Nettonull umsetzt?</li> </ol>
<b>Nr. 176</b>	<b>Brigitte Forßbohm Die Linke</b>  Dez. III z.w.V.	<p>Im Römischen Freilichtmuseum neben dem Römertor, das auf Initiative des Kur- und Verkehrsvereins e.V. entstand, sind Kopien von in Wiesbaden gefundenen Skulpturen und Steintafeln aus der Römerzeit ausgestellt. Die Ausstellungsstücke sind leider in einem sehr schlechten Zustand: Sie sind mit Moos bewachsen und die Inschriften sind durch Ablagerungen kaum noch lesbar. Auch die Informationstafeln sind beschädigt.</p> <p>Ich frage den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ist der Zustand des Freilichtmuseums bekannt?</li> <li>2. Was gedenkt der Magistrat zu unternehmen, um das Freilichtmuseum zu erhalten?</li> <li>3. Soll das Freilichtmuseum erneuert oder an einen anderen Ort versetzt werden?</li> <li>4. In welchem Zeitrahmen ist mit einer Renovierung zu rechnen?</li> <li>5.</li> </ol>
<b>Nr. 177</b>	<b>Annette Schmitt SPD</b>  Dez. I z.w.V.	<p>Das hessische Rettungsdienstgesetz sieht vor, „dass ein geeignetes Rettungsmittel jeden an einer Straße gelegenen Notfallort in der Regel innerhalb von zehn Minuten (Hilfsfrist) erreichen kann“. Die Notfallversorgung in einem Rettungsdienstbereich soll dabei in einem Kalenderjahr in mindestens 90 Prozent der Fälle die Hilfsfrist von zehn Minuten einhalten.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie viele Gesamteinsätze des Rettungsdienstes gab es in der Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2022? Wie viele Rettungsdiensteinsätze waren dies pro 1000 Einwohner*innen?</li> <li>2. Wie oft brauchen Rettungsdienste in Wiesbaden länger als zehn Minuten bis zum Einsatzort (in Prozent)?</li> </ol>

		<p>3. Wurden damit in der Landeshauptstadt Wiesbaden die im hessischen Rettungsdienstgesetz vorgegebenen mindestens 90 Prozent im vorletzten sowie letzten Jahr erfüllt?</p> <p>4. Wo steht Wiesbaden im Vergleich zu den restlichen 24 hessischen Rettungsdienstbereichen für das Jahr 2022?</p>
<b>Nr. 139</b>	<p><b>Daniel Weber Volt</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Seit dem 01. Mai ist das Deutschlandticket gültig, bereits ab dem 03. April war es im Vorverkauf erhältlich. So auch in der neuen App "ESWE Verkehr Tickets", welche ebenfalls Anfang April veröffentlicht wurde.</p> <p>Wir fragen den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. wie oft die App "ESWE Verkehr Tickets" bisher heruntergeladen wurde</li> <li>2. wie oft ein Abo des Deutschlandtickets über die App "ESWE Verkehr Tickets" abgeschlossen wurde.</li> </ol>
<b>Nr. 106</b>	<p><b>Dr. G. Uebersohn SPD</b></p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 5. Januar 2023 kam es in Wiesbaden Nordenstadt zu einer fatalen Gasverpuffung in einem Wohnhaus, hierbei wurden zwei Personen verletzt. Die Ursache für die Verpuffung war ein Defekt an einer Gasleitung, welche aus dem Jahr 1973 stammt. Hierdurch hatte sich ausströmendes Gas vermutlich im oder unter dem Wohnhaus angesammelt. Der Defekt lag außerhalb des beschädigten Gebäudes. Die Ursache der Verpuffung ist noch ungeklärt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist die Ursache des Gaslecks bereits bekannt?</li> <li>2. Werden die Gasleitungen in Wiesbaden regelmäßig überprüft? Wenn ja, <ol style="list-style-type: none"> <li>a. erfolgt die Überprüfung innerhalb oder außerhalb der Gebäude?</li> <li>b. in welchen Intervallen erfolgt die Überprüfung?</li> <li>c. mit welcher Methode erfolgt die Überprüfung?</li> <li>d. welches Ergebnis brachten die Überprüfungen bisher?</li> </ol> </li> <li>3. Gibt es in Wiesbaden Gasleitungen, die noch älter sind als die betroffene in Nordenstadt?</li> </ol>
<b>Nr. 180</b>	<p><b>Susanne Hoffmann- Fessner SPD</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Laut Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Wiesbaden, ist das aggressive Betteln durch nachdrückliches oder hartnäckiges Ansprechen von Personen, das Betteln durch das Vorschicken von Kindern sowie das organisierte Betteln verboten. Doch dagegen wird leider häufiger verstoßen. Ende November 2023 hatten Stadt- und Landespolizei eine gemeinsame Aktion gestartet: Sie wollen koordinierter und härter gegen aggressive und gewerbliche Bettelbanden vorgehen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>



		<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie fällt die Bilanz der gemeinsamen Aktion von Stadt- und Landespolizei aus?</li> <li>2. In welchem Abstand oder zu welchen Anlässen sind solche gemeinsamen Aktionen der Stadt- und Landespolizei in Zukunft geplant?</li> <li>3. Gab es <u>auch</u> Fälle von aggressivem und/ oder organisiertem Betteln auf dem Sternschnuppenmarkt oder an der Eisfläche am Bowling-Green und <u>wenn ja, wie</u> ist damit umgegangen worden?</li> </ol>
Nr. 172	<p><b>Monika Giesa</b> AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Im September 2023 schlossen, wie jedes Jahr, die Wiesbadener Freischwimmbäder. Im Freibad Kallebad der mattiaqua sah man bis zum Schluss präventiv einen externen Sicherheitsdienst seine Runden drehen, um für Ordnung zu sorgen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurde nur im Freibad Kallebad ein Sicherheitsdienst eingesetzt? Falls ja, zu welchen Zeiten und welchen Kosten?</li> <li>2. Falls nein zu Punkt 1, in welchen Wiesbadener Schwimmbädern wurden außerdem Sicherheitsdienste eingesetzt und zu welchen Zeiten?</li> <li>3. Wie hoch waren die Gesamtkosten für den Einsatz von Sicherheitspersonal in den Wiesbadener Freibädern in 2023?</li> <li>4. Wie viele Vorfälle wurden von den Sicherheitsdiensten an die Schwimmbadleitungen oder an mattiaqua in der Freibad-Saison 2023 gemeldet und welches waren die drei am häufigsten genannten Arten von Vorfällen?</li> </ol>
Nr. 148	<p><b>Dr. Klaus-Dieter Lork</b> AfD</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Fast eineinhalb Jahre ist es nun her, dass der Magistrat im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie darüber berichtete, dass an 1-2 Standorten in Wiesbaden Eichhörnchenbrücken als Modellprojekt angelegt werden sollen.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Laufen die Pilotprojekte bereits und wenn ja, an welchen Standorten? Wenn nein, warum nicht?</li> <li>2. Wann ist mit dem Abschluss der Pilotprojekte zu rechnen?</li> <li>3. Kann bereits abgeschätzt werden, ob die Maßnahmen als sinnvoll, im Rahmen des Tierwohls der Eichhörnchen, zu betrachten sind? Mit welchen ungefähren Kosten ist für die Umsetzung eines Standortes zu rechnen?</li> <li>4. Sind bereits weitere mögliche Standorte zur Installation von Eichhörnchenbrücken in Wiesbaden identifiziert worden?</li> </ol>

<p><b>Nr. 183</b></p>	<p><b>Christian Hill FWG/Pro Auto</b></p> <p>Dez. VII</p>	<p>In regelmäßigen Abständen wird in den Medien über die Rattenpopulation berichtet.</p> <p>Danach hat sich die Population sowohl bundesweit als auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden in den letzten Jahren erhöht.</p> <p>Wir fragen daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wie hat sich in Zahl der gemeldeten Ratten seit 2018 in Wiesbaden entwickelt?</li> <li>2. In welchen Ortsbezirken liegen die Schwerpunkte des Befalls?</li> <li>3. Welche Maßnahmen ergreift die Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell zur Eindämmung?</li> <li>4. Sind darüber hinaus weitere Maßnahmen erforderlich?</li> </ol>
<p><b>Nr. 129</b></p>	<p><b>Christian Bachmann FWG/Pro Auto</b></p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Schon seit langem wird von Seiten der östlichen Vororte ein weiterer Autobahnanschluss stadteinwärts zwischen Nordenstadt und Erbenheim gefordert. Bisher leider ohne Erfolg und Perspektive.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wurde ein solcher Autobahnanschluss bei Hessen Mobil bisher beantragt?</li> <li>2. Wie ist der aktuelle Sachstand dazu?</li> </ol>
<p><b>Nr. 185</b></p>	<p><b>Alexander Winkelmann FDP</b></p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Am 31.01.2024 wurde bekannt, dass sich fast alle Bundesländer auf gemeinsame Standards für ein Vergabeverfahren zur Bezahlkarte für Flüchtlinge geeinigt haben. Dieses Verfahren soll bis Sommer 2024 abgeschlossen sein.</p> <p>Die Bezahlkarte soll unter anderem Pull-Faktoren reduzieren, weil es dann nicht mehr möglich sein wird, Geld aus staatlicher Unterstützung an Angehörige und Freunde im Herkunftsland oder an Schlepper zu überweisen. Die Einführung der Bezahlkarte wird auch von vielen Flüchtlingen selbst begrüßt. Eine Umsetzung ist daher auch in Wiesbaden möglichst zeitnah geboten.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wann ist mit der Einführung einer solchen Bezahlkarte in Wiesbaden zu rechnen?</li> <li>2. Welche Maßnahmen wurden bereits zur Vorbereitung der Einführung einer Bezahlkarte durch den Magistrat getroffen?</li> </ol>